

Kein echter Kulturwandel

Zu: „Ampel rüstet sich gegen Cyber-Attacken“, FR-Politik vom 13. Juli

Die Philosophie von Nancy Faeser zeugt leider von einem etwas veralteten Denken. Zum einen erfordert eine effiziente Cyber-Abwehr, die ihren Namen verdient, nicht nur eine Bündelung der bisherigen Kräfte, sondern auch eine viel bessere Kooperation zwischen den Behörden in Form eines echten Kulturwandels weg von den alten Datensilos hin zu gemeinsam genutzten agileren Plattformen, wozu man aber im vorgelegten Papier immer noch viel zu wenig liest. Zum anderen erscheint es etwas anheblich, mögliche Hackerangriffe umleiten oder deren Routen gezielt unterbrechen zu wollen, da diese sich selbst bei einem klaren (Anfangs-) Verdacht häufig schon durch ihre professionelle Tarnung nicht so einfach auf einen einzigen konkreten Angreifer zurückverfolgen lassen. Deshalb muss sich die Ministerin wie schon ihr Vorgänger die Kritik gefallen lassen, nur unzureichend verstanden zu haben, wie das Internet überhaupt funktioniert. Was einmal mehr unterstreicht, wie sehr in Deutschland ein kompetentes Digitalministerium fehlt, bei dem man den Umgang mit der modernen Technologie vor allem aus einem Gesamtblickwinkel und nicht nur als eine sogenannte Querschnittsaufgabe betrachtet! Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Raunen im Ungefähren

„Friedensfragen“: „Warum muss jetzt verhandelt werden?“, FR-Politik vom 2.8.

Als gelernter Völkerrechtler ist man einigermaßen fassungslos über diesen Beitrag zweier als Landesverfassungsrichterinnen schon kraft Amtes zur juristischen Elite gehörenden Autorinnen. Sie behaupten, eine komplette Niederlage der Nuklearmacht Russland sei nicht mehr ernsthaft vorstellbar. Sie bleiben dabei leider im Ungefähren. Was ist die „komplette Niederlage“? Die vollständige Besetzung Russlands? Oder die Wiederherstellung der Ukraine in ihren völkerrechtlich anerkannten Grenzen von 1991? Oder schon nur der Stand vor dem russischen Angriff am 24. Februar?

Dieses Raunen im Ungefähren ist leider typisch für die Putin-Apologetinnen der diversen offenen Briefe. Putins erklärtes Kriegsziel ist die Auslöschung der Ukraine als souveräner Staat. Aus russischer Sicht ist also alles eine „komplette Niederlage“, was unterhalb dieser Schwelle bleibt. Worüber soll angesichts dessen verhandelt werden? Über einen „Friedensvertrag“, in dem die Ukraine schlimmstenfalls ihre Staatlichkeit aufgibt? Ein solcher Vertrag wäre nicht das Papier wert, auf dem er geschrieben stünde. Er wäre schon bei Unterzeichnung wegen Verstoßes gegen Artikel 52 der Wiener Vertragsrechtskonvention unwirksam: „Ein Vertrag ist nichtig, wenn sein Abschluss durch Drohung mit oder Anwendung

von Gewalt (...) herbeigeführt wurde“. Dass der russische Angriffskrieg das Musterbeispiel der „Anwendung von Gewalt“ ist, scheinen immerhin auch die Autorinnen zu erkennen.

Leider verschweigen sie, dass die Ukraine gleich zu Beginn alles zur Konfliktlösung unterhalb militärischer Auseinandersetzung versucht hat. Sie hat den Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag wie den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg angerufen. Beide haben in Eilentscheidungen Russland verpflichtet, seinen Angriffskrieg sofort zu beenden. Russland hat beide Entscheidungen nicht akzeptiert. Von Spitzenjuristinnen hätte man sich eine Auseinandersetzung mit diesem Verhalten gewünscht.

Die nach Meinung der Autorinnen so erfolversprechenden „Verhandlungen“ im März kamen zum Erliegen, als die russischen Massenmorde in Butscha und Irpin bekannt wurden. Kann jemand, der alle fünf Sinne beisammen hat, ernsthaft glauben, dass dieses völkermörderische Russland bereit ist, sich vertraglichen Verpflichtungen zu unterwerfen? Putin und seine Satrapen lügen, wenn sie den Mund aufmachen. Wie will man mit solch einem „Partner“ ernsthaft verhandeln?

Oliver Hirschfeld, Frankfurt

Kompletter Leserbrief, Diskussion:
frblog.de/offenerbrief



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

Wie aus der Steinzeit

Zu: „Längere Schonzeit stößt auf Kritik“, FR-Region vom 25. Juli

Diese Säugetiere werden in Deutschland als gefährdet eingestuft: Gartenspitzmaus, Braunes Langohr (Fledermaus), Feldhase, Atlantische Kegelrobbe, Fischotter, Iltis, Wildkatze, Wolf. In Sachsen-Anhalt und Thüringen gilt der Feldhase sogar als „stark gefährdet“. Höchste Zeit, dass dem seitens der Landesregierung hoffentlich Rechnung getragen wird und eine ganzjährige Schonzeit beschlossen wird.

Entlarvend, dass solche Pläne die Jägerschaft „demotiviert“. Prahlend doch Jägermann und Jägerfrau stets mit ihrer „eigentlichen Motivation“ der „Hege und Pflege“ im Revier. Sollte nicht mehr auf Hasen geschossen werden dürfen, bricht wohl ein Teil ihrer Steinzeitmentalität zusammen. Bar jeder Kenntnis von Artenschutz, Biodiversität und Umweltschutz (21 000 Tonnen Bleimunition landen EU-weit jedes Jahr in der Natur. Bleivergiftung ist eine der häufigsten Todesursachen für Seeadler. Und mehr als eine Million Wasservögel verenden in Europa jährlich qualvoll an Bleivergiftung.

Es ist ein Unding, dass im 21. Jahrhundert Privatleuten „Wildtiermanagement“ mit der Büchse noch immer erlaubt ist.

Reinhard Joppe, Frankfurt

MU_FRDLES02_4c - B_164440

